

Inklusion: SPD und Grüne verhandeln mit Initiative

Die Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen“ und die Regierungsfractionen von SPD und Grünen steigen in Verhandlungen ein. Bei einem Treffen im Rathaus habe man einen Fahrplan mit konkreten Terminen und Themen für September und Oktober vereinbart, teilte die Initiative mit. Das zweistündige Gespräch sei „in guter Atmosphäre“ verlaufen.

Inklusion bedeutet, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden dürfen. Das ist in Hamburg seit 2010 möglich. Die Initiative kritisiert die Umsetzung und fordert mehr pädagogisches, therapeutisches und pflegerisches Personal, zusätzliche Räume und barrierefreie Schulen. Sie hatte zu Jahresbeginn rund 24.000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt (nötig waren 10.000) und könnte nun die nächsten Schritte bis hin zum Volksentscheid einleiten. In den Verhandlungen soll ausgelotet werden, inwiefern Rot-Grün die Forderungen der Initiative erfüllen und so einen Volksentscheid überflüssig machen könnte.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel (SPD) und Anjes Tjarks (Grüne) haben solche Gespräche bereits mit mehreren Initiativen geführt, unter anderem zu den Themen Guter Ganzttag und Flüchtlingsunterbringung, und dabei stets eine Einigung erreicht.

dey